

Die zweite Revolution : Umbrüche im Osten : Teil 2

Autor(en): **Müller-Roulet, Beat**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **44 (1989)**

Heft 4

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-892249>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Selbsthilfemassnahmen gegen die Überschüsse im Getreidebau

sr. Im September war der Presse zu entnehmen, dass zur Meisterung der Überschuss-Situation im schweizerischen Brotgetreideanbau eine Kostenbeteiligung der Produzenten vorgeschlagen wird.

Grundsätzlich ist die Überlegung sicher richtig, dass die Produzenten nicht am Markt vorbei produzieren dürfen und am Marktgeschehen beteiligt werden sollen. Trotzdem würden sich die Organisationen des biologischen Landbaus mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen wehren, dass eine solche Regelung auch für ihre Mitglieder angewandt wird.

Begründung

Seit jeher verzichten die Bio-Bauern aufgrund ihrer Richtlinien auf Herbizide, Halmverkürzer, Fungizide, Insektizide und wasserlösliche Stickstoff- und Phosphordünger. Das bedeutet, dass sie nur im Rahmen des Zuchtfortschritts mit den Ertragssteigerungen der letzten Jahre Schritt halten können.

Bio-Bauern haben sich damit nicht nur umweltgerecht, *sondern in hohem Masse auch marktkonform verhalten*, denn biologisch angebautes Getreide ist in der Schweiz Mangelware. Dadurch entsteht die paradoxe Situation, dass die Anbieter von Getreide und Getreideprodukten aus biologischem Anbau auf Importe zurückgreifen müssen, um die steigende Nachfrage abzudecken.

Bio-Bauern müssten es zu Recht als schreiendes Unrecht empfinden, wenn sie für ihre Anstrengungen für eine intakte Umwelt und eine vom Markt verlangte Produktion mit irgendeiner Form von Kostenbeteiligung bestraft würden.

Als Alternative schlagen wir vor:

- CCC-Verbot im Getreidebau: Dadurch wird eine echte Ökologisierung des Getreidebaus erreicht. Übermässige N-Düngung wird kontraproduktiv, fragwürdige Fungizid-Anwendungen überflüssig und die Überschüsse sind Vergangenheit.
- Beschränkung der Preisgarantie auf 5000 kg pro Hektare. Höhere Ablieferungen werden nur noch zu einem symbolischen Preis übernommen, ähnlich wie bei Milch- oder Zuckerrüben-Überlieferungen. Der ökologische Effekt dürfte ähnlich sein wie bei einem CCC-Verbot.

Die VSBLO hat die Eidg. Getreideverwaltung ersucht, das Problem bei den Ursachen anzugehen und *von Preisabzügen abzusehen, die zwecks Kompensation eine noch intensivere Produktion provozieren*.



Während die EGV nicht weiss wohin mit den Überschüssen, herrscht akuter Mangel an Bio-Getreide aller Art. Im Bild Dinkel.

Die zweite Revolution / Umbrüche im Osten Teil 2

Die jüngsten Vorfälle, vor allem in Ungarn und der DDR, zeigen uns eindrücklich, wie rasch ein Artikel zum Zeitgeschehen von den Ereignissen eingeholt werden kann. Red.

In China ist die zweite Revolution beinahe gleichzeitig ausgebrochen, jedoch unter ganz anderen Verhältnissen. NZZ-Korrespondent Friedemann Bartu weist zu Recht darauf hin, dass der greise Führer der Kommunisten in China, Deng Xiaoping, 1979 vier Grundprinzipien festlegte:

1. Das oberste Ziel ist die Errichtung des Sozialismus in China. Mit anderen Worten: Der Wirtschaft wird höchste Priorität eingeräumt – im Gegensatz etwa zu Maos These, wonach eine erfolgreiche sozialistische Revolution im politischen Bereich zwingend auch zu einer prosperierenden sozialistischen Wirtschaft führt;
2. die Errichtung einer demokratischen Diktatur des Volkes;
3. die feste Verankerung des Führungsanspruches der Kommunistischen Partei;
4. die Anerkennung von Marxismus, Leninismus und der Gedanken Maos als der tragenden ideologischen Säulen der chinesischen Politik.

Diese beinahe in Vergessenheit geratenen Grundprinzipien haben die greise Führung in China bei der Niederschlagung der vergangenen Unruhen geleitet. Sie wurden konsequent angewendet, Priorität haben im Gegensatz zu Russland die wirtschaftlichen Reformen, insbesondere in der Landwirtschaft. Weil 70 Prozent der Bevölke-

rung in der Landwirtschaft tätig sind, haben sich die Bauern an den Unruhen auf dem Tienanmen-Platz nicht beteiligt. Nach westlichen, kapitalistischen Grundsätzen verdienen sie als freie Unternehmer sehr gut.

Die südlichen Provinzen am Pazifik haben auch nicht geputzt, weil sie ebenfalls sehr gut verdienen. Den Aufstand führten die Studenten als Vertreter der Intellektuellen und die Arbeiter, und zwar als nackter wirtschaftlicher Not, weil die Intellektuellen in China die Benachteiligten sind und ausgerechnet auch die Arbeiter im kommunistisch regierten Land zu den Benachteiligten gehören.

Durch die Wirtschaftsreformen hat es Deng Xiaoping zustande gebracht, eine Milliarde Menschen vor Hungersnöten, wie sie in den vergangenen Jahrhunderten immer wieder üblich waren, zu bewahren.

Der politische Preis bestand in der Einführung westlicher, marktwirtschaftlicher Grundsätze in der Landwirtschaft, wobei sich ein beträchtlicher Teil der Bauern erhebliche Vermögen erarbeiten konnte und heute eben wirtschaftlich durchaus zufrieden ist. Demonstriert haben somit die wirtschaftlich benachteiligten Intellektuellen und die Arbeiter.

Dieser Aufstand ist nun durch die alte kommunistische Führungsgarde brutal niedergeschlagen worden, eben nach dem Grundsatz der Diktatur des Proletariates, auf welchen nie verzichtet wurde. Allerdings haben Deng Xiaoping und Li Peng das Sprichwort vergessen, dass mit Bajonetten sehr viel erreicht werden kann, dass man aber nicht auf Bajonetten sitzen bleiben kann.

Wäre diese Erkenntnis bei den kommunistischen Machthabern bereits durchgedrungen, dann hätten sie ähnlich wie Gorbatschow zur wirtschaftlichen Öffnung auch die politische Öffnung praktiziert. Nur langsam geben sich die chinesischen kommunistischen Machthaber Rechenschaft, dass die Exekution durch Genickschüsse insbesondere von Arbeitern in der Welt verheerende Folgen hat.

Sie versuchen, mit einer «Kampagne des Lächelns», mit Einladungen und Konzessionen an ausländische Firmen den Schaden in Grenzen zu halten. Offenbar haben sie erkannt, dass ohne Hilfe von Japan, Europa und Amerika das riesige Entwicklungsland China seine wirtschaftlichen Probleme ganz einfach nicht lösen kann.

Ob Russland in seiner wirtschaftlichen Not genügend helfen kann, ist jedenfalls fraglich.

Milliarden-Investitionen sind notwendig, um insbesondere die nördlichen Teile Chinas schon nur auf den Stand der südlichen Provinzen am Pazifik zu bringen. Früher oder später wird im Verlaufe der zweiten Revolution auch die politische Öffnung verwirklicht werden müssen. Die Machthaber ab 70 Jahren müssen sich doch überlegen, dass mit den Jahren zwangsläufig eine jüngere Generation nachfolgt, welche auf dem Tienanmen-Platz demonstriert hat, nämlich alle diejenigen Intellektuellen, welche nur noch mit Tanks und Gewehrsalven in Schach gehalten werden konnten, wobei die 3,5 Millionen-Mann starke Armee sich über die Unterdrückung des Aufstandes auch nicht einig war. Wenig hat gefehlt, und ein Bürgerkrieg mit unabherrschbaren Folgen wäre ausgebrochen. Junge Soldaten werden wahrscheinlich in den kommenden Jahren kaum zu motivieren sein, auf junge Studenten und Arbeiter zu schießen, um sie von weiteren Protesten gegen katastrophale wirtschaftliche Verhältnisse in den Städten abzuhalten. 20 bis 30 Prozent jährliche Inflation, und immer mehr sich ausbreitende Arbeitslosigkeit können auch mit schwersten Tanks nicht beseitigt werden.

Gleichzeitig sind auch Polen und Ungarn in vollem Umbruch. Erstmals erklärt der Partei- und Regierungschef in Ungarn, er würde es auch akzeptieren, wenn die kommunistische Partei in Ungarn in die Minderheit versetzt würde. Wahrscheinlich mit schmerzhaften und hoffentlich nicht allzu blutigen Zwischenfällen geht die Diktatur des Proletariats langsam zu Ende, wobei – wie seinerzeit nach der Französischen Revolution – Rückfälle in stalinistischen Zeiten nicht völlig ausgeschlossen sind.

Beinahe unbemerkt wurde gleichzeitig in Portugal die Verfassung geändert. Die marxistischen Grundsätze wurden daraus entfernt.

Wenn sich der Westen auch freuen kann, dass der Umbruch im Osten mehr Freiheit und mehr Menschenrechte sowie bessere wirtschaftliche Verhältnisse ergeben wird, darf er doch nicht vergessen, dass auch der Kapitalismus im Westen reformbedürftig ist. Weder die politischen noch die wirtschaftlichen Probleme sind für eine moderne Zukunft gelöst.

Beat Müller-Roulet

Gedankensplitter zur Volksabstimmung vom 26. November 1989

Die wirklich entscheidenden Schlachten werden selten auf dem Schlachtfeld geschlagen, sondern in den Köpfen der Menschen.

So ist das alte Bern trotz Siegen am Grauholz und bei Neueneegg gefallen. So wurde die Welt nach dem Zweiten Weltkrieg aufgeteilt. So hat sich Indien ohne Armee von der Weltmacht England gelöst und Gedanken und Ideen lassen in unseren Tagen das russische Imperium in allen Fugen krachen.

Armee ja, solange wir wissen, was zu verteidigen ist. Bauer, 53

* * *

Als gebürtiger Appenzeller ist für mich die Landsgemeinde mit den bewaffneten Männern im Platz Symbol für Selbstbestimmung eines Volkes. Ohne das Recht – auch die Pflicht – Wehrdienst zu leisten, gibt es keine Freiheit, so die Erfahrung unserer Alten, unserer helvetischen Geschichte. Verzicht auf Gewalt als Angriff gegen andere, unbedingt ja. Dazu braucht es aber nicht die Abschaffung unserer Armee, welche erklärterweise rein defensiver Natur ist. Deshalb kann ich der Initiative nicht zustimmen.

Als noch im Zivilschutz tätiger Arzt habe ich allerdings oft gedacht, ob wir Schweizer nicht ebensoviel Geld, Personal und Zeit für aktive Friedensarbeit investieren sollten. Arzt, 65

* * *

Oktober 1956. Aufstand in Ungarn. Invasion der russischen Armee. – Ich bin in der RS. Eine Zeitlang sieht es so aus, als ob wir grad bleiben müssten. Für alle Fälle . . .

Oktober 1989. Ungarn ist frei. Die Freiheit ist stärker als die stärkste Armee der Welt. Ob wir das ermassen können?

Wenn ich trotzdem für die Armee bin: Für alle Fälle . . . Kaufmann, 53

* * *

Batterietag. Die überraschend zahlreich erschienenen Kameraden sind seit dem 1. September 1939, als sie mit allerlei Sorgen belastet, den Eid zur Treue und Pflichterfüllung leisteten, schon ziemlich alt geworden. Die Gesichter und Körper sind vom Leben gezeichnet, das Haar weiss geworden, doch die fünf Jahre Aktivdienst, die Pflichterfüllung an Volk und Staat haben sie zu einer noch heute fühlbaren Gemeinschaft «zusammengesintert». Sie verspüren Gefühle, welche jeden einzelnen in seinem Leben prägen und die eine unabdingbare Grundlage im Volk bilden. Diese Gemeinschaft darf durch eine Initiative nicht zerstört werden. Echte und vermeintliche «Friedensapostel» können sich auf ganz anderen Gebieten bewähren.

Unternehmensberater, 70

* * *

Wenn es zur Abschaffung der Schweizer Armee kommt, so nicht durch eine Volksabstimmung, das kann ich dir sagen, Jonas, sondern durch einen Krieg.

Im Ernst Jonas: Die Armee abschaffen, das würde bedeuten, dass eine andere Schweiz entsteht, stell dir vor, eine lebendige und künftige Schweiz, das ist es ja, wovor man Angst hat. Und um das zu verhindern – brauchen wir die Armee. So ist es, Jonas.

Max Frisch